

Satzung
über die teilweise Außerdienststellung eines Feldwirtschaftsweges
in der Ortsgemeinde Langenthal
vom 05.07.2015

Der Ortsgemeinderat Langenthal hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) in der derzeit geltenden Fassung, in Verbindung mit § 58 Abs. 4 Satz 2 Flurbereinigungsgesetz, in der derzeit geltenden Fassung, die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

Vorbemerkungen:

Der Feldwirtschaftsweg, Gemarkung Langenthal, Flur 3, Nr. 127, ist durch den Erdbebenbruch im Steinbruch Anfang 2014 in einem Teilbereich komplett zerstört worden. Eine Wiederherstellung der betroffenen Teilfläche kommt nicht in Betracht; daher erfolgt hier eine teilweise Außerdienststellung des Feldwirtschaftsweges. Hiergegen bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Die Erschließung der anliegenden Grundstücke ist durch andere Feldwirtschaftswege gesichert.

§ 1

Das im Flurbereinigungsverfahren Seesbach - Langenthal durch Flurbereinigungsplan aus dem Jahr 1968, mit Schlussfeststellung vom 14. Dezember 1973, festgesetzte Wegegrundstück in der Gemarkung Langenthal, Flur 3, Nr. 127, wird teilweise außer Dienst gestellt. Ein öffentliches Interesse an der Beibehaltung des Wegeteilstückes besteht nicht mehr. Der von der Außerdienststellung betroffene Teil des Feldwirtschaftsweges ist im beiliegenden Lageplan dargestellt. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

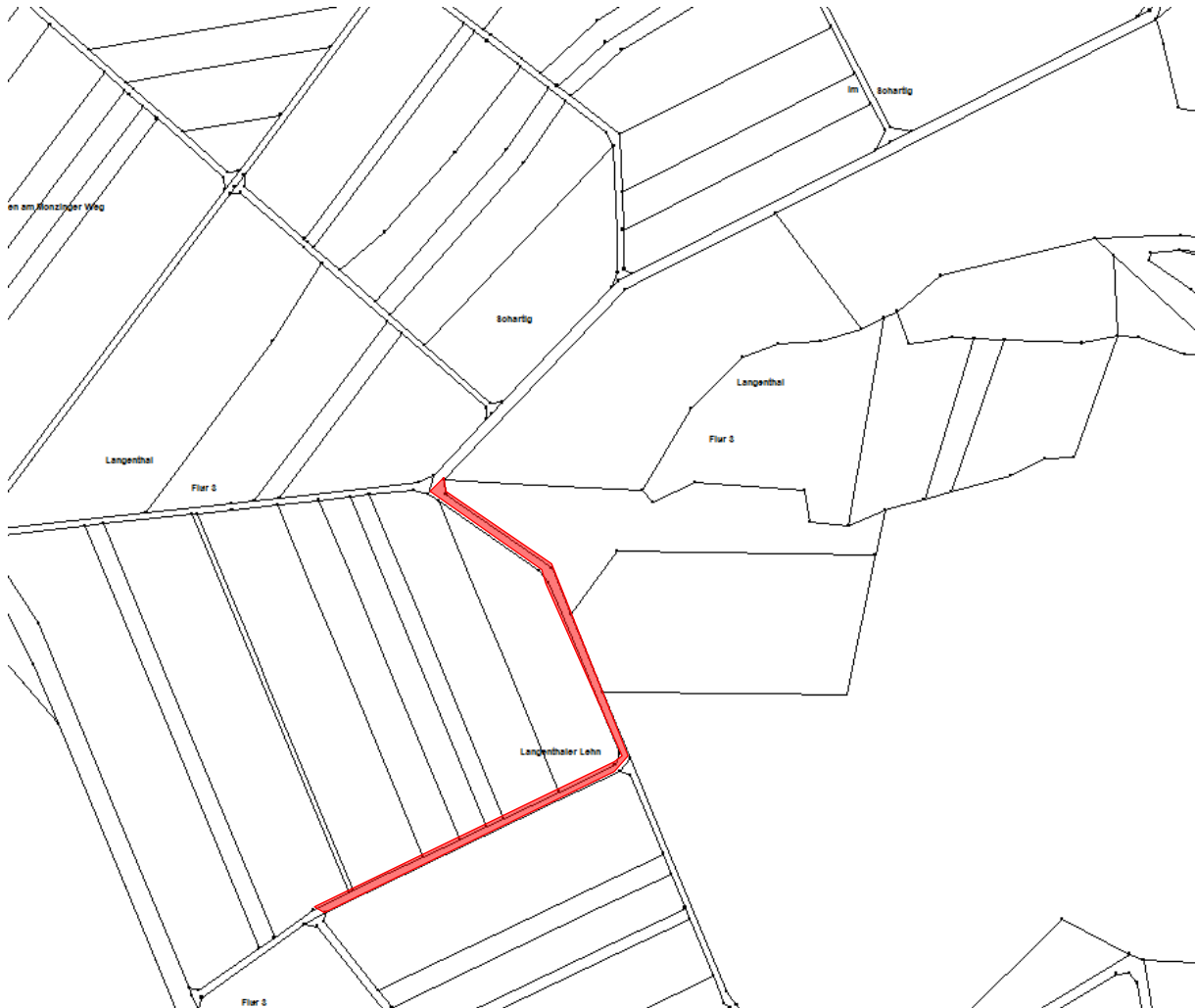
§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Langenthal, 05.07.2015

Gez. Diethelm Stallmann,
Ortsbürgermeister

Gemarkung Langenthal, Flur 3, Nr. 127 (teilweise)



Hinweis auf die Rechtsfolge:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

oder

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.